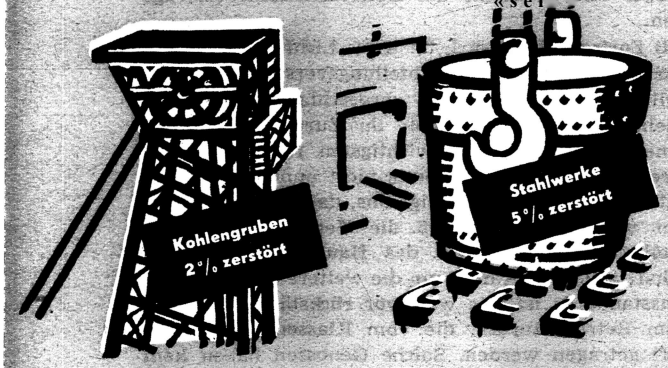
Die wichtigsten Ziele der aitglo-ainerilcanischen Luftangriffe waren Wohngebiete der Zivilbevölkerung.

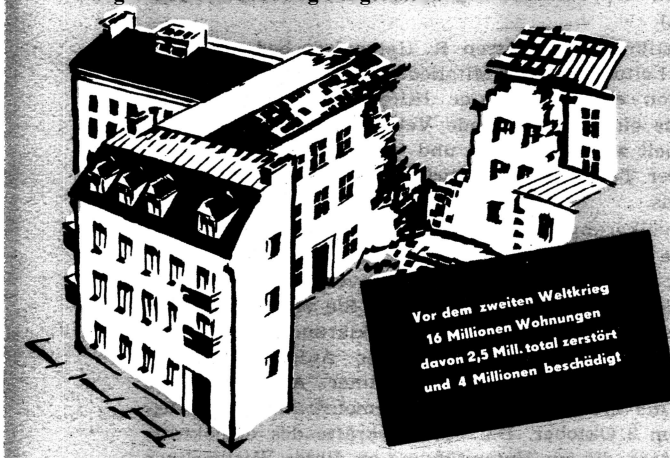
In der Erklärung der Konferenz mit Teheran, die am 1. Dezember 1943 von Generalissimus Stalin, Präsident Roosevelt uhd Premierminister Churchill unterzeichnet wurde, heißt es:

„Keine Macht der Welt kann uns daran hindern, die deutschen Heere zu Lande, ihre U-Boote zur See und ihre Rüstungsanlagen aus der Luft zu zerstören."

Die Vernichtung des deutschen Kriegspofentials war demnach em erklärtes Kriegsziel der Alliierten. Wie sah es mit der Zerstörung der Rüstungsanlagen aus?



Weder die deutsche Kohlenförderung noch die Eisen- und Stahlerzeugung wurden durch die Luftangriffe ernsthaft verringert. Obwohl die Kohlenzechen des Ruhrgebiets-sowie seine Stahlwerke in unmittelbarer Reichweite der englisch-amerikanischen Bombengeschwader lagcht, und obgleich sie ausgezeichnete Ziele abgeben, wurden nach offiziellen amerikanischen Untersuchungen nur etwa 2 v. H. der Kohlenförderung und etwa 5 v. H. der Eisen- und Stahlerzeugung durch Luftangriffe lahmgelegt. Dagegen wurden die Wohngebiete der Ruhrarbeiter durch erbarmungslose Luftangriffe dem Erdboden gleichgentacht.



Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in Köln schätzte 1947 den Wert der durch den 2. Weltkrieg zerstörten Gebäudewerte an Wohn- und Industriebauten auf 26 Milliarden Mark.

Im Bereich der vier Besdtzungszonen und Berlin waren 16 Millionen Wohnungen vor dem zweiten Weltkrieg vorhanden, davon wurden 2,5 Millionen total zerstört, 4 Millionen zum größten Teil stark beschädigt. (Soziografisches Institut an der Universität Frankfurt/Main).

Aus den Trümmern der Bombenangriffe wurden 500000 Todesopfer geborgen, 1,5 Millionen sind ebenfalls, der größte Teil nicht identifizierte Tote und Verschollene, durch den Bombenterror zu beklagen.

HERMANN BROSCH I ES

Der Abschluß des Betriebs-Kollekftiwertrages i Berlin-Tempelhof - ein Sh

Auf Grund der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik sind im Jahre 1951 anstatt der bisher in den volkseigenen Betrieben gültigen Tarifverträge erstmalig Betriebs-Kollektivverträge abgeschlossen worden.

Auch in den Reichsbahnbetrieben RAW Tempelhof und Grünewald, die in den Westsektoren Berlins liegen, wurden, obwohl die rechten Führer der SPD und des Deutschen Gewerkschaftsbundes durch Verteilung von Flugblättern, Hetze und Terror die Arbeiter zu verwirren suchten, die Betriebs-Kollektivverträge abgeschlossen. Es war dies aber nur möglich, weil die Betriebsparteiorganisation die BGL in der Vorbereitung und Ausarbeitung des Betriebs-Kollektivvertrags unterstützte und anleitete. In unermüdlicher Arbeit wurde im RAW Tempelhof der Belegschaft die Bedeutung des Betriebs-Kollektivvertrags erklärt und der Kampf um den Abschluß desselben mit dem Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands verbunden.

Wie wurde dabei die Aktionseinheit verwirklicht?

Der UGO-Putsch und die durch die anglo-amerikanischen Imperialisten organisierten Sabotageversuche auf dem Gebiet der Reichsbahn waren der Anlaß, daß sich die Belegschaft im November 1950 in einer geheimen Abstimmung zu 95 Prozent gegen die Anwesenheit der Stummpolizei auf dem Gelände des Reichsbahnausbesserungswerks aussprach.

Zur Vorbereitung der Europäischen Arbeiterkonferenz wurde im RAW Tempelhof eine Aktionskonferenz der Eisenbahner durchgeführt, in der die Delegierten gewählt wurden. Die Berichterstattung der Delegierten der Europäischen Arbeiterkonferenz und der Delegierten der Aktionskonferenz der Eisenbahner erfolgte in Abteilungsversammlungen, in denen ein aus 17 Kollegen bestehendes Maikomitee gebildet wurde. Diesem gehörten SPD- und SED-Genossen, DGB- und FDGB-Kollegen an. Auch an der Maidemonstration auf dem Marx-Engels-Platz nahmen 500 Kollegen des RAW Tempelhof teil, darunter SPD-Genossen und Kollegen des DGB. Die Eisenbahner führten als Symbol der Arbeit auf einem Wagen eine nachgebildete Lokomotive und zum Zeichen des Kampfes gegen die Remilitarisierung die Totenglocke Reuters als Karikatur mit.

Die Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung wurde mit einer systematischen Aufklärungsarbeit durch die Agitatoren der Partei und Aufklärer der Gewerkschaft eingeleitet. Auf einer vom Westberliner Ausschuß für Volksbefragung einberufenen Versammlung stimmten alle Betriebsangehörigen dem Essener Aufruf zu. Auch die Kollegin M., die vorher mit Nein gestimmt hatte, bedauerte ihre Handlung und bat um Rücknahme der Nein-Stimme.

Schon die Vorbereitungen der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten fanden ein starkes Echo unter den Kollegen. Beim Diebstahl einer FDJ-Fahne im Betrieb durch die Stummpolizei kam es bereits zu einzelnen Protestaktionen. Eine weitere Bewußtseinsänderüng vollzog sich am sichtbarsten bei der Erarbeitung des Betriebs-Kollektivvertrages. Hierbei leisteten die Agitatorengruppen der Betriebsparteiorganisation und die Gewerkschaftsgruppenorganisatoren eine große Arbeit, wobei auch nicht die regelmäßige Belieferung der Belegschaft mit Erzeugnissen der fortschrittlichen Presse „Tribüne", „Fahrt frei", „Neues Deutschland" usw. vergessen werden darf, die heute von hunderten Kollegen im Abonnement gelesen werden.